

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Der Preis für die 24 monatliche Hefen beträgt im Vorauszahlung 1,20 Mark, monatlich 10 Pfennig. Für die 12 Hefen des Jahres 1925, monatlich 10 Pfennig, im Vorauszahlung 1,20 Mark, monatlich 10 Pfennig.  
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12225.  
Erscheinungs-Adresse: Leipzig, Nr. 12225.

**Tageblatt** - enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Kreisbauernschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. lädlichen Behörden in Schneeberg, Oelsitz, Neudorf, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Verlag.

Wichtiges - Einmalige für die am Sonntag erscheinende Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreundes“.  
Die Redaktion für die Ausgabe der Ausgabe am Sonntag erscheinende Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreundes“.  
Die Redaktion für die Ausgabe der Ausgabe am Sonntag erscheinende Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreundes“.

Nr. 14.

Sonntag, den 17. Januar 1925.

78. Jahrg.

## Amthliche Anzeigen.

**Montag, den 19. Januar 1925, nachmittags 3 Uhr, sollen im Auftrage des Finanzamtes Aue - Vollstreckungsabteilung -**  
1 Schreibeapparat, System „Koppel“, gebraucht,  
1 Schreibstisch,  
1 Schreibtisch, Holz, braun,  
1 Sofa  
Öffentlich gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.  
Diebstahl im Hof „Zur goldenen Sonne“ in Schneeberg.  
Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Aue.

**Montag, den 19. Januar 1925, nachmittags 3 Uhr, sollen im Auftrage des Finanzamtes Aue - Vollstreckungsabteilung -**  
1 Schreibeapparat, System „Koppel“, gebraucht,  
1 Schreibtisch,  
1 Schreibtisch, Holz, braun,  
1 Sofa  
Öffentlich gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.  
Diebstahl im Hof „Zur goldenen Sonne“ in Schneeberg.  
Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Aue.

**Montag, den 19. Januar 1925, vormittags 9 Uhr, sollen im Auftrage des Finanzamtes Aue - Vollstreckungsabteilung -**  
1 Schreibeapparat, System „Koppel“, gebraucht,  
1 Schreibtisch,  
1 Schreibtisch, Holz, braun,  
1 Sofa  
Öffentlich gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.  
Diebstahl im Hof „Zur goldenen Sonne“ in Schneeberg.  
Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Aue.

**Dienstag, den 20. Januar 1925, vormittags 11 Uhr, sollen im Auftrage des Finanzamtes Aue - Vollstreckungsabteilung -**  
1 Schreibeapparat, System „Koppel“, gebraucht,  
1 Schreibtisch,  
1 Schreibtisch, Holz, braun,  
1 Sofa  
Öffentlich gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.  
Diebstahl im Hof „Zur goldenen Sonne“ in Schneeberg.  
Der Vollstreckungsbeamte des Finanzamtes Aue.

## Stangen- und Brennholz-Versteigerung auf Eisensticker Staatsforstrevier.

**Freitag, den 23. Januar 1925, vormittags 10 Uhr, im Hof „Gartenhof“ in Schönheideschloß:**  
1. 54 Hämmer u. Reisstangen, 2 bis 7 cm Durchmesser in Wdt. 45.  
2. 54 Hämmer, Wdt. 20 (140 cm), Wdt. 26 bis 30 (85 cm), Wdt. 45, 46 (120 cm), Wdt. 48 (24 cm), Wdt. 54, 56 (12 cm), Wdt. 65 (20 cm), Wdt. 67 (45 cm), Wdt. 75 (100 cm) in kleineren Stücken für Holzverarbeiter von 12 bis 1 Uhr und in großen Stücken an Händler gegen sofortige Barzahlung.  
Forstamt Offenbach. Forstliche Eisensticker.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes“ in Aue, Schneeberg, Oelsitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Das neue Reichskabinett.

Dr. Luther Reichshkanzler.

Berlin, 15. Januar. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichshkanzler und auf dessen Vorschlag die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

- Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann (M. d. R.),
- Reichsminister des Innern: Martin Schiele (M. d. R.),
- Reichsminister der Finanzen: noch unbesetzt,
- Reichswirtschaftsminister: Reuhaus, Ministerialdirektor a. D.
- Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (M. d. R.),
- Reichswehrminister: Dr. Gessler,
- Reichspostminister: Stingl,
- Reichsverkehrsminister: noch unbesetzt,
- Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft: Graf Ranitzschumacher (Mitglied des Reichsrates) angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtsrat Schumacher (Mitglied des Reichsrates) angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das neue Kabinett Dr. Luther ist ein sogenanntes „überparteiliches Kabinett der Persönlichkeiten“, das in seinen Entscheidungen nicht unbedingt an die Meinung der in ihm vertretenen Parteien gebunden ist. Reichshkanzler Dr. Luther gehört ja bekanntlich überhaupt keiner Partei an, wenn er weltanschauungsgemäß auch dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei nahe steht. Dr. Stresemanns außenpolitische Stellung ist ja seit Jahren bekannt; er hat der deutschen Außenpolitik, mag sie nun gut und nützlich gewesen sein oder nicht, seit langem das Gepräge gegeben und wird sie im neuen Kabinett ebenfalls entscheidend beeinflussen. Von den Deutschen Nationalen sind zwar nicht als Beauftragte, aber doch als Beobachter und Vertrauensmänner für die Partei Martin Schiele, der bekannte Landwirt, und Ministerialdirektor Reuhaus in das Kabinett gekommen. Auch Graf Ranitzschumacher, der bisher Ernährungsminister war und jetzt als Hochminister zitiert, steht den Deutschen Nationalen immerhin nahe. Brauns, der bisher Arbeitsminister war, steht auf dem gemäßigten Zentrumslügel, Stingl, der schon einmal Postminister war, ist jetzt stellvertretender bayrischer Volksparteiler, und Dr. Gessler behält als demokratischer Außenseiter das Reichswehrministerium. Zu besetzen sind noch das Finanzministerium, das bisher Dr. Luther bekleidete, und das Verkehrsministerium, das bisher durch den Demokrat Oeser verwaltet wurde. Daß wieder ein Demokrat an Oesers Stelle treten wird, ist bei der überparteilichen Stellung des neuen bürgerlichen Kabinetts und bei dem Mangel der Demokraten an Persönlichkeiten, die dieser Einstellung entsprechen, kaum anzunehmen.

Was die Politik der Zukunft angeht, so ist von Interesse eine Äußerung Dr. Luthers am Donnerstag früh zu Mitgliedern der Volkspartei, Deutschland müsse aus dem Zustand der Proteste herauskommen und drohende Ereignisse abzuwenden verstehen. Ebenso verdient Interesse die Meldung des Berliner Berichterstatters der „Basler Nationalzeitung“, Dr. Luther werde auch nach Meinung der Linksparteien länger am Ruder bleiben können, als man jetzt annehme. Die mehrfachen Besprechungen des Reichspräsidenten mit den sozialdemokratischen Führern scheinen zu einem positiven Ergebnis infolge geführt zu haben, als der „Vorwärts“ nichts mehr von der ursprünglichen Absicht verlauten läßt, gegen ein Kabinett Luther ein Misstrauensvotum einzubringen.

## Die neuen Minister.

Berlin, 15. Januar. Der Minister des Innern Martin Schiele, der der Deutschnationalen Volkspartei angehört, ist 1870 geboren und an. Konfession. Er hat seinen Wohnsitz jetzt als Rittergutspächter und Fabrikant in Neu-Schöllene, Kreis Jerichow 2. Seit 1914 ist er Mitglied des Reichstages. Seit Dezember v. J. ist er mit dem Vorsitz der Deutschnationalen Reichstagsfraktion betraut. Postminister Stingl gehört der Bayerischen Postverwaltung an. Als Oberpostdirektor war er in Landskron tätig und wurde danach Staatssekretär und Leiter der Personalabteilung im Bayerischen Verkehrsministerium. Nach dem Uebergang der bayerischen Staatsverwaltung auf das Reich übernahm er die Leitung der Zweigstelle München des Reichspostministeriums. Im November 1922 wurde er in dem Kabinett Cuno mit dem Amte des Reichspostministers betraut. Er ist Mitglied der Bayerischen Volkspartei, gehört aber nicht der Reichstagsfraktion an. Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Albert Reuhaus, geboren am 9. Juli 1873, war zunächst im Gerichtsamt als Referendar und Assessor beschäftigt, sodann Justizrat bei der Regierung in Düsseldorf. 1898 wurde er als Assessor in den allgemeinen Verwaltungsdienst übernommen, seit 1. Oktober 1903 Hilfsarbeiter im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, 1909 zum Regierungsrat befördert, 1910 Geheimrat und vorragender Rat, 1914 Ernennung zum Geheimen Oberregierungsrat und Ministerialdirektor. Am 1. Januar 1921 schied Reuhaus aus dem Staatsdienste aus.

Dr. Luther ist der 17. Reichshkanzler seit Bestehen des Deutschen Reiches. Der erste Kanzler des Reiches, der eiserne, hat seinen Posten fast ein Menschenalter ausgefüllt, denn mit einer Amtstätigkeit von fast 20 Jahren übertrug er alle seine Nachfolger bei weitem. Caprivi, Hohenlohe, Bülow und Bethmann, die sogenannten Vorkriegskanzler, haben Amtszeiten von mehreren Jahren aufzuweisen. Dann wurden die Kanzler von dem wirbelnden Rad der Krisenjahre erfasst, und der galt schon als „langer“ Kanzler, der sich an das Seufzerband der deutschen Geschichte einige Monate klammern konnte. Den Rekord in der Kürze der Amtsdauer schlägt mit 36 Tagen Prinz Max von Baden, aber diese kurze Zeit wog an Schicksalsgeschichten ein Menschenalter auf.

1. Fürst Bismarck, 18. Januar 1871 bis 20. März 1890.
2. Caprivi, 20. März 1890 bis 29. Oktober 1894.
3. Fürst Hohenlohe, 29. Oktober 1894 bis 17. Okt. 1900.
4. von Bülow, 17. Oktober 1900 bis 14. Juli 1909.
5. v. Bethmann-Hollweg, 14. Juli 1909 bis 14. Juli 1917.
6. Dr. Michaelis, 14. Juli 1917 bis 1. November 1917.
7. Graf Hertling, 1. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
8. Prinz Max von Baden, 3. Okt. 1918 bis 9. Nov. 1918.
9. Scheibemann, 13. März 1919 bis 21. Juni 1919.
10. Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920.
11. Müller, 27. März 1920 bis 21. Juni 1920.
12. Fehrenbach, 21. Juni 1920 bis 10. Mai 1921.
13. Birth, 10. Mai 1921 bis 22. November 1922.
14. Cuno, 22. November 1922 bis 13. August 1923.
15. Stresemann, 13. August 1923 bis 30. November 1923.
16. Marx, 30. November 1923 bis 17. Dezember 1924.

Berlin, 16. Januar. Das Kabinett Luther wird von der deutschnationalen und der volksparteilichen Presse begrüßt, von der ergebnislosen allerdings mit der Einschränkung, daß es nur eine Etappe zu dem zu erstrebenden staatsbürgerlichen Kabinett sein dürfe. Die „Germania“ wiederholt ihren bereits gestern dargelegten Standpunkt, wonach die Haltung des Zentrums von den Taten des Kabinetts abhängen werde. Die demokratische Reichstagsfraktion hat gestern einstimmig einen Beschluß gefaßt, demzufolge sie dem Kabinett mit schwersten Bedenken gegenüberstehe und sich ihre Stellung zur Regierungserklärung vorbehalte. In den Ausführungen des „Vorwärts“ kommt noch einmal die scharfe oppositionelle Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem Kabinett zum Ausdruck.

## Eine Erklärung Dr. Gesslers.

Berlin, 15. Januar. Reichswehrminister Dr. Gessler gewährte einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er folgendes ausführte: „Sie machen mich auf eine Reihe von Darstellungen aufmerksam, die in der Presse über meine persönliche Haltung in der Kabinettskrise im Umlauf sind. Ich kann darauf nur erwidern, daß mir diese Darstellungen deshalb unannehmlich erscheinen, weil ich während der ganzen Kabinettskrise mit größter Zurückhaltung aufgetreten, stets in engerer Fühlungnahme mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Herrn Minister a. D. Koch gestanden und nur mit Herrn Reichshkanzler a. D. Marx eine kurze Unterredung gehabt habe. Wenn in einer großen Zeitung davon gesprochen wird, ich hätte die Umbildung des Kabinetts Marx sabotiert und mich sogar gegen die Aufnahme führender Demokraten gewandt, so ist das eine Erfindung. Mein Standpunkt während der ganzen Verlaufes der Krise ist der gewesen, daß ich aus persönlichen Gründen den größten Wert darauf gelegt habe, endlich einmal eine Zeit der Ruhe für mich zu setzen. Ich würde jedenfalls nur in ein Kabinett eintreten können, dem die demokratische Fraktion mindestens Neutrotzlichkeit beweist. Wenn ich auch kein Mitglied der demokratischen Fraktion bin und deshalb meine Entschlüsse frei treffen kann, so bin ich jedoch Mitglied der Demokratischen Partei und habe allerdings als Patriot das dringende Interesse empfunden, kein Hindernis zu bilden, daß Deutschland herauskommt aus dem gegenwärtigen unheilbaren Zustand, der eine schwere Diskreditierung der parlamentarischen Staatsform darstellt, und deshalb bin ich schließlich auch bereit gewesen, meinerseits Opfer zu bringen, die mich im Hinblick auf mein persönliches Verhalten besonders bedrücken.“

Berlin, 15. Januar. Als Reichspressesekretär des Kabinetts Luther wird Herr Riep genannt, der bisher in der Reichskanzlei außenpolitische Angelegenheiten bearbeitet hat. Zum Staatssekretär der Reichskanzlei ist Ministerialdirektor Kempner in Aussicht genommen, der bisher Vertreter des Staatssekretärs der Reichskanzlei gewesen ist.

Berlin, 15. Januar. Der Vizekanzler mit der Erklärung der Regierung für Freitag um 6 Uhr festzusetzen. Nach der Regierungserklärung wird die Sitzung auf Sonntag verlegt werden, wo mit der Besprechung der Regierungserklärung sofort begonnen werden soll. Die Redezeit wird eine Stunde betragen, damit alle großen Parteien zu Worte kommen. Die weitere Aussprache wird am Montag stattfinden.

## Mißbehagen in Paris.

Paris, 15. Januar. Obwohl amtliche französische Kreise mit ihrem Urteil über das Kabinett Luther im Augenblick noch zurückhalten, ist ersichtlich, daß Mißbehagen vorherrscht. Insbesondere befürchtet man neue Schwierigkeiten für den Fortgang der französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Der Berliner Berichterstatter des „Temps“ nennt Luther einen heftigen und beschränkten Politiker, der aber ein gewisses Verständnis für unmittelbare Realitäten habe.

## Roth 6 Monate Militärkontrolle.

Paris, 15. Januar. Der „Temps“ berichtet seine letzte Meldung von dem Antrag Frankreichs auf Fortbestand der Militärkontrolle darin, daß der Antrag eine Verlängerung nicht auf 3 Monate, sondern auf 6 Monate enthalte.

## General Allen gegen die Ruhrbesetzung.

Brüssel, 15. Januar. General Allen, der Befehlshaber der ehemaligen amerikanischen Rheinlandtruppen, bewieserte in einer Rede, ob Deutschland fähig sei, die von den Alliierten erforderlichen Reparationszahlungen aufzubringen. Er halte es für praktisch unmöglich, diese Summen aufzubringen. Außerdem betonte der General, daß die Ruhrbesetzung ein sehr zweifelhaftes Unternehmen sei und drückte sein Bedauern darüber aus, daß es der Dawesplan unterlassen habe, die Fälligkeit des besetzten Gebietes zu verschieben.